

## Beiträge zu Straßenausbau: Grüne fordern Antworten

**EUTIN** Es reicht nicht, die Abschaffung von Ausbaubeiträgen zu fordern, es muss auch den Bürgern gesagt werden, wie eine neue, gerechte Lösung aussieht. Mit dieser Feststellung haben die Grünen die betreffenden Fraktionen in der Stadtvertretung aufgefordert, sich nicht wegzuducken, sondern den Menschen glaubhaft zu erklären, wie sie Abschaffung der Beiträge umsetzen wollen.

SPD und FWE seien mit der Forderung nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in den Kommunalwahlkampf gezogen, heißt es in ei-

ner Presseerklärung, die Christiane Balzer und Monika Obieray unterzeichnet haben. Das sei eine voreilige Forderung gewesen, wie sich für die Grünen bestätigt habe: „Wir sehen uns durch den Vortrag von Prof. Dr. Arndt in unserer Skepsis bestätigt: Die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen stellt die Stadt vor große Probleme hinsichtlich der Fragen von Gerechtigkeit und Finanzierbarkeit,“ erklärt Christiane Balzer mit Blick auf einer Informationsveranstaltung des Kreises mit dem Kieler Verwaltungsrechtler Dr. Marcus Arndt (wir berichteten).

Arndt zufolge sei die Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung, die vom Land erlaubt sei, keineswegs automatisch gerecht und einfach. Zunächst schein die ersatzlose Streichung der Beitragspflicht erst einmal eine große Erleichterung für die direkt Betroffenen zu sein, sie berge aber die Gefahr, dass Straßen „kaputtgespart“ würden, oder es müsse zur Finanzierung eine andere Quelle erschlossen werden.

Dafür komme entweder eine Erhöhung der Grundsteuer in Frage oder es müssten jährlich wiederkehrende Bei-

träge kassiert werden. Beide Möglichkeiten brächten aber nach Überzeugung des Experten Arndt erhebliche rechtliche und praktische Probleme.

Monika Obieray: „Was ist nun möglicherweise am wenigsten ungerecht? In der Eutiner Beitragssatzung gibt es eine Art Ratenzahlungsklausel. Wer nicht in der Lage ist, den einmaligen Beitrag, der leicht 5000 Euro oder sogar mehr betragen kann, auf einmal zu zahlen, kann über 20 Jahre abstottern. Das ist auch nicht schön, aber rechtssicher und wohl in den meisten Fällen

verkraftbar. Das jetzige, sichere System würde beibehalten und alle Eigentümer wären irgendwann dran. Das könnte bei genauer Betrachtung doch ziemlich gerecht sein.“

SPD und Freie Wähler hätten sich der inhaltlichen Diskussion bisher entzogen und forderten einfach nur die ersatzlose Abschaffung der Ausbaubeiträge. Obieray: „Die Freien Wähler bringen dazu gern vor, die Stadt könne an anderer Stelle einfach mehr sparen. Bei welchen Leistungen der Stadt gespart werden soll, ist bisher ungeklärt.“

kf